GENDER OPEN REPOSITORIUM

"Die Emanzen können ... nicht nachvollziehen, was Frauen empfinden, die zwei, drei Kinder haben." : Kommentar ausgehend von Maria Rösslhumer, Die FPÖ und die Frauen

Mesner, Maria

2000

https://doi.org/10.25595/1331

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mesner, Maria: *"Die Emanzen können ... nicht nachvollziehen, was Frauen empfinden, die zwei, drei Kinder haben." : Kommentar ausgehend von Maria Rösslhumer, Die FPÖ und die Frauen*, in: L' homme : Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft, Jg. 11 (2000) Nr: 1, 132-136. DOI: https://doi.org/10.25595/1331.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.7767/lhomme.2000.11.1.132

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

„Die Emanzen können ... nicht nachvollziehen, was Frauen empfinden, die zwei, drei Kinder haben"

Kommentar ausgehend von Maria Rösslhumer, Die FPÖ und die Frauen[1]

Maria Mesner

Die Politikwissenschafterin Maria Rösslhumer hat ein Buch vorgelegt, das sich – unter einem etwas (zu) ausholend geratenen Titel – mit der Frauenpolitik der FPÖ seit 1986 und mit politischen Spitzenfunktionärinnen dieser Partei befasst. Basis der Arbeit Rösslhumers sind 14 Interviews mit Frauen, die zum Zeitpunkt des Abschlusses der Studie (vermutlich das Frühjahr 1997) entweder aktive Spitzenpolitikerinnen in der FPÖ *(per definitionem* Abgeordnete zum Bundes- oder Nationalrat bzw. zum Europäischen Parlament) waren, eine solche Funktion inne gehabt, aber bereits zurück gelegt hatten (zwei davon waren zum Zeitpunkt des Interviews beim Liberalen Forum aktiv) oder auf der kommunalen Ebene tätig waren. Dieser qualitative Zugang – angesichts des kleinen Samples wäre eine Quantifizierung auch gar nicht sinnvoll – ist positiv hervorzuheben, weil die Agierenden in ihren Selbstrepräsentationen in den Blick und damit ernst genommen werden.

Beim Lesen des Buches stellt sich angesichts der gegenwärtigen politischen Situation eine seltsame Beklemmung ein. Dies vor allem dann, wenn die Autorin davon spricht, dass die von ihr befragten Politikerinnen samt und sonders ein eigenständiges Frauenministerium ablehnten und den „Kinderbetreuungsscheck" als Lösung für die Probleme anpriesen, die für Frauen entstehen im Spannungsfeld zwischen den Anforderungen der Erwerbsarbeit und den gesellschaftlichen Normen in Bezug auf die Aufgaben als Mütter und Ehefrauen.

Die Auswertung der Politikerinnen-Interviews nach verschiedenen Themenbereichen wie „Die Entscheidung für die Politik" (62ff), „Karrieren und Barrieren" (101ff), „Welche Frauenpolitik?" (120ff) bettet Maria Rösslhumer ein in einen Kontext aus Parteigeschichte und einer Analyse der „frauenpolitischen Ziele und Werte der FPÖ". Damit verkleinert sie – und das ist zweifelsohne verdienstvoll – eine Forschungslücke der femi-

1 Maria Rösslhumer, Die FPÖ und die Frauen, Wien 1999.

Online gestellt mit finanzieller Unterstützung der Universität Basel (Lehrstuhl Prof. Dr. Claudia Opitz-Belakhal).

nistischen Politikwissenschaft bzw. Zeitgeschichte. Während die Frauenpolitik und die Politikerinnen der SPÖ vergleichsweise gut dokumentiert sind,[2] existiert zu Frauenpolitik bzw. zu Politikerinnen in den übrigen Parlamentsparteien der Zweiten Republik kaum Publiziertes. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang Sieglinde Rosenbergers theoretisch anspruchsvolle und umfassende Analyse der „Frauenpolitik" seit der Etablierung dieses Politikfeldes in den 70er Jahren.[3]

Die thematische Nähe lässt allerdings auch an Johanna Gehmachers Auseinandersetzung mit der „völkischen" Frauenbewegung in Österreich vor dem „Anschluss" denken.[4] Wiewohl Rösslhumers und Gehmachers Buch, was Zugang und Erkenntnisinteresse anbelangt, völlig unterschiedlich sind, schwingt eine ähnliche Ausgangsfrage in beiden Arbeiten mit: Wer waren oder sind die Frauen, die sich als Orte für ihre politische Aktivität gerade stark von Männern dominierte und an Männlichkeitsidealen orientierte Parteien aussuchten? Und warum waren und sind bemerkenswert viele Wählerinnen bereit, diesen Parteien ihre Stimme zu geben? Es ist hier nicht der Ort, der zweifelsohne lockenden Versuchung nachzugeben, vielleicht zu einfache, aber durchaus nahe liegende und irritierende Parallelen zwischen den entsprechenden politischen Kontexten zu konstruieren. Es muss der Hinweis genügen, dass die Frage nach der Attraktivität von männerbündischen Parteien gerade für feministische Forscherinnen eine spannende und wichtige ist. Das verwundert nicht: Es ist – nicht nur, aber auch in der derzeitigen politischen Situation – tatsächlich bemerkenswert, dass, und nachfrage-würdig, warum Frauen in erheblichem Ausmaß von politischen Gruppierungen angezogen werden, die aus der Perspektive feministischer Standards der Gegenwart frauenfeindlich sind. Tatsächlich ist es einigen intellektuellen Aufwand wert, darüber nachzudenken, warum Frauen politische Entwürfe, die ihre individuellen und kollektiven Handlungsspielräume strukturell beschränken wollen, anziehend finden, warum sie Gesellschaftsinterpretationen stützen, die das Weibliche als „natürlichen" Gegenpol zum Männlichen setzen und – ob implizit oder explizit ist nachrangig – gegenüber diesem abwerten.

Um es vorweg zu nehmen, Maria Rösslhumers Studie gibt auf diese äußerst komplexen Fragen keine Antwort. Das ist gerechterweise auch nicht von ihr zu erwarten. Wahrscheinlich existieren auch wesentlich mehr Antworten als eine. Maya Nadigs ethno-psychoanalytisch inspirierte Überlegungen zu geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Positionierungen von Wähler/inne/n rechtsextremer Parteien[5] wären viel-

2 Vgl. z. B. Regina Köpl, SPÖ-Frauenpolitik am Beispiel der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 13, 4 (1984), 457–463.; Beharrlichkeit, Anpassung und Widerstand. Die Sozialdemokratische Frauenorganisation und ausgewählte Bereiche sozialdemokratischer Frauenpolitik. 1945–1990. Forschungsbericht, hg. vom Dr. Karl Renner-Institut, Wien 1993.

3 Vgl. Sieglinde Rosenberger, Frauenpolitik in rot-schwarz-rot. Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der österreichischen Politik, Wien 1992.

4 Johanna Gehmacher, „Völkische Frauenbewegung". Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich, Wien 1998.

5 Vgl. Maya Nadig, Die Ritualisierung von Haß und Gewalt im Rassismus, in: Feministische Studien, 11, 1 (1993), 96–108, hier 99f.

leicht einer unter mehreren lohnenden Denkansätzen. Auch die Adaption von Theorien, die Joan W. Scott anhand der Rekonstruktion der Geschichte französischer Feminismen entwickelte und die politisch agierende Frauen eng in die komplexen Spannungsfelder zeitgenössischer politischer Kontexte einbinden, kann sinnvolle Interpretationshilfe bieten.[6] Hilfestellung für die Analyse der Anziehungskraft von politischen Parteien und Ideologien, die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern dezidiert ablehnen, kann vielleicht auch die „Opfer-Täterinnen-Debatte"[7] leisten. Ich denke hier vor allem an jene Arbeiten, die sich mit dem Nationalsozialismus als Protestbewegung befassen.

Eine Schwäche von Rösslhumers Arbeit ist allerdings, dass sie diese und andere mögliche Ansätze nicht in Betracht zieht. Damit bleibt sie bei einer Ideologiekritik stehen, die angesichts der zunehmenden Wahlerfolge der FPÖ unter Frauen und der steigenden Zahl von Spitzenpolitikerinnen auch innerhalb der FPÖ hilflos bleiben muss. Es kann nur der (scheinbare) Widerspruch zur „frauenfeindlichen" Programmatik festgestellt werden: „Reale Geschlechtergerechtigkeit ist nicht das Ziel der Freiheitlichen." (155) Als Erklärung wird nur der Hinweis auf den Opportunismus der FPÖ geboten: Der Frauenbewegung sei es zu danken, dass Parteien den Wählerinnen auch Kandidatinnen in Spitzenpositionen anbieten und dass in Wahl- und Grundsatzprogrammen Worte zur Gleichberechtigung zu finden sein müssten. Wirklich ernst nähmen die (männlichen) Eliten der FPÖ die „Emanzipation" und die daraus eigentlich abzuleitenden Konsequenzen nicht. Darin ist Maria Rösslhumer zuzustimmen. Das unterscheidet die FPÖ allerdings nicht von anderen Parteien: Parteien sind aus ihrer Entwicklung heraus Organisationen von Männern, die sich an männlichen Perspektiven und Modellen orientieren.[8] Die (zumindest partielle) Aufgabe dieses Monopols geschah und geschieht in keiner Partei freiwillig. Das Konzept, dass einmal errungene Machtpositionen von den sie Innehabenden aus freien Stücken und auf Grund moralischer Einsicht aufgegeben würden, ist zur Beschreibung gesellschaftlicher Konflikte wohl nicht adäquat. Das Spezifische des Verhältnisses zwischen den die FPÖ dominierenden Männern und den dort politisch aktiven Frauen scheint mir in Maria Rösslhumers Beschreibung jedenfalls nicht erfasst – eine Kritik, die *mutatis mutandis* auf manche Stellen ihrer Arbeit zutrifft: Auch die Konflikte, die sich aus den Anforderungen an Politiker/innen und den Erfordernissen der Kindererziehung ergeben, dürften nichts sein, womit FPÖ-Politikerinnen in besonderer Weise konfrontiert sind, ebenso wenig wie die Erfahrung mit (offen geäußerten) sexistischen Haltungen männlicher Kollegen. Selbstverständlich sind diese Rahmenbedingungen, mit de-

6 Vgl. Joan W. Scott, Only Paradoxes to Offer: French Feminists and the Rights of Man, Cambridge, Massachusetts/London 1996.

7 Vgl. dazu Johanna Gehmacher, Kein Historikerinnenstreit ... Fragen einer frauen- und geschlechtergeschichtlichen Erforschung des Nationalsozialismus in Österreich, in: Zeitgeschichte, 22, 3/4 (1995), 109–123. Nochmals sei betont: Diese Hinweise deuten nur mögliche methodische Zugänge an, sollen aber nicht zu einfache Parallelitäten oder Gleichsetzungen suggerieren.

8 Vgl. dazu zahlreiche Texte von Eva Kreisky, z. B. Das ewig Männerbündische? Zur Standardform von Staat und Politik, in: Claus Leggewie Hg., Wozu Politikwissenschaft? Das Neue in der Politik, Darmstadt 1994, 191–208.

nen Frauen im Feld des Politischen konfrontiert sind, legitimes Thema einer Studie wie derjenigen Rösslhumers. Ich würde mir der Klarheit des Arguments wegen aber wünschen, dass Feststellungen, die sich auf das politische Feld insgesamt beziehen, genauer von Charakterisierungen getrennt werden, die nur die FPÖ meinen.

Ein Ansatzpunkt des Nachdenkens über die Attraktivität von Konzepten, die die Aufrechterhaltung eines hierarchischen und dichotomen Geschlechtermodells postulieren, wäre z. B. das Spannungsfeld, das entsteht zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarktes und den Normen, die für Frauen in Bezug auf ihre familiäre Rolle gelten. Eine Lösungsstrategie für die daraus resultierenden Probleme der Überforderung und Frustration ist die Konstruktion von einer „natürlichen" Aufgabe der Frauen, die im familiären Bereich lägen. Explizites Ziel von in Bezug auf das Geschlechterverhältnis konservativen politischen Strategien ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Frauen (und nur diesen!) erlauben, „frei" zu wählen zwischen beruflicher Erwerbsarbeit und familiärer Reproduktionsarbeit, die entweder nur symbolisch oder auch materiell aufgewertet werden müsse. Dass eine solche Perspektive für Frauen, denen Alternativen nicht zur Verfügung stehen, attraktiv sein kann, scheint mir nachvollziehbar.[9] Eine solche Interpretation wird auch von einem Detail des Wahlergebnisses vom 3. Oktober 1999 unterstützt: Glaubt man den Nachwahlanalysen, dann gaben zwar nur insgesamt 21% der Wählerinnen ihre Stimme der FPÖ, aber immerhin 25% der Hausfrauen. Viele politikwissenschaftliche Analysen der letzten Jahre stellen fest, dass die FPÖ ihren Wahlerfolg auch dem Zuspruch von Wähler/inne/n verdanke, die sich von den gesellschaftlichen Veränderungen bedroht und überfordert fühlen. Diese Menschen würden daher fürchten, Status zu verlieren, oder hätten bereits Erfahrungen gemacht, die sie als mangelnde Anerkennung bzw. ungerechte Zurücksetzung deuten. Die sogenannten „Modernisierungsverlierer"[10] würden dann Hoffnung setzen auf autoritäre, einfach klingende, oft holzschnittartige Lösungen der politischen und sozialen Probleme. Während die Figur des „Modernisierungsverlierers" bisher meist – zumindest implizit – als männlich mit einer entsprechenden Berufsbiografie und den daraus resultierenden Bedrohungsszenarios gedacht wurde, könnten ähnliche Überlegungen auch im Hinblick auf den wachsenden Zuspruch gerade von Hausfrauen zur FPÖ modifiziert werden. Die ganz überwiegend von Frauen geleistete unbezahlte Reproduktionsarbeit genießt wenig symbolische und fast gar keine finanzielle Anerkennung. Dass möglicherweise politische Gruppierungen, die das entsprechende Rollenmodell nicht nur auf der symbolischen Ebene aufwerten und favorisieren, sondern auch Personen, die danach leben, finanziell z. B. via „Kinderbetreuungsscheck" belohnen, attraktiv für die Betroffenen sind, würde zumindest nicht sehr verwundern. Diese und ähnliche Überlegungen geraten aber nicht in den Blick, wenn man – wie es Maria

9 Siehe Fritz Plasser u. a., Analyse der Nationalratswahl 1999. Muster, Trends und Entscheidungsmotive, Wien 1999, 18, 20.

10 Vgl. z. B. Ernst Gehmacher, Modernisierungs-Verlierer und Rechtsextreme. Eine Theorie des politischen Protests, in: Rechts Marsch – in die Zukunft! Orientiert sich die Jugend nach Rechts?, hg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Wien 1992, 30–36.

Rösslhumer leider öfter tut – eine feministische Position zumindest implizit als Norm formuliert, ohne deren gesellschaftliche Situiertheit und die Situierung der Adressatinnen mitzudenken: Widersprüche zwischen ideologischem Anspruch und politischer Wirklichkeit können dann nur in einem Kontext diskutiert werden, der mich an die ebenfalls hilflosen Debatten, die die Student/inn/enbewegung der 60er und 70er Jahre über das angeblich „falsche Bewusstsein" der Arbeiter/innenklasse führte, erinnert. Dem gegenüber wäre ein Ansatz vielleicht fruchtbarer, der die Wertvorstellungen, Bedürfnislagen und Interessen der Agierenden, seien diese Wählerinnen und Wähler oder politische Funktionärinnen und Funktionäre, ernst nimmt.

Zum Abschluss noch eine Bemerkung zur editorischen „Leistung" des Verlags: Dem Döcker-Verlag kommt das Verdienst zu, eine Arbeit einem weiteren Leser/innenkreis zugänglich gemacht zu haben, die sich mit einem aktuellen, politisch höchst relevanten Fragenkomplex befasst und die daher für viele potenzielle Leser/innen (und Käufer/innen) interessant sein wird. Gerade deswegen hätte sich die Studie Rösslhumers aber mehr verlegerische Sorgfalt verdient: Einer/m aufmerksamen Lektor/in hätten nicht nur die relativ zahlreichen Fehler in Rechtschreibung und Interpunktion auffallen müssen. Aufgabe eines verantwortungsbewussten Lektorats wäre auch die Korrektur stilistischer Holprigkeiten, inhaltlich letztlich nicht relevanter, aber dennoch störender Widersprüche und Ungereimtheiten im Text sowie die Berichtigung von Flüchtigkeitsfehlern wie offensichtlich falschen Jahreszahlen und ins Leere gehenden Literaturverweisen. Solche Mängel sind in der Manuskriptfassung umfangreicher Studien zwar unausweichlich, vor der Drucklegung sollten sie aber doch behoben werden.